

Butzbach, 04. November 2016



Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrte Abgeordnete des hessischen Landtags,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lieber Abgeordneter Hugo Klein,
ja, Sie, Herr Klein, haben Wort gehalten. Ja, wir haben
das gemeinsam geschafft, so, wie sie es mir in der JVA
Kassel II im September angekündigt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich darf Euch heute als Landesvorsitzende des Bunds der Strafvollzugsbediensteten Hessen mitteilen, **dass wir es geschafft haben! Die Vollzugszulage, unsere sogenannte Gitterzulage wird 2017 angehoben auf die Höhe der Polizeidienstzulage. Das sind zukünftig 131,20 €.** Das sind 32,80 € monatlich mehr, anders gerechnet: das ist eine Anhebung um 30 %. Dafür haben wir uns als BSBD Hessen seit 2012 ganz intensiv eingesetzt. Wir haben viele, viele vollzugspolitische Gespräche sowohl mit den Fraktionsvertretern im Unterausschuss Justizvollzug wie auch mit unserer Ressortspitze geführt, haben mit großer Beharrlichkeit immer und immer wieder die Arbeitssituation und die Arbeitsleistung unserer Kolleginnen und Kollegen erklärt.



Jetzt haben wir es geschafft! Darauf sind wir als BSBD Hessen sehr stolz, wir sind das 6. Bundesland, dass diese Zulage anhebt, wir haben das jetzt auch in Hessen durchgesetzt.

Mein besonderer Dank gilt heute Hugo Klein von der CDU und Karin Müller von den Grünen, von denen ich beide weiß, dass sie sich in ihren Fraktionen sehr für diese Anhebung eingesetzt haben. Für unsere Kolleginnen und Kollegen, deren Jahreseinkommen ab 2017 um fast 400 € steigen wird, ist das ein deutliches Zeichen, dass Sie, liebe Politikerinnen und Politiker, unsere täglichen Herausforderungen, unser Ringen um den Justizvollzug wahrnehmen und jetzt honorieren. Diese Anhebung richtet sich innerhalb der Landesverwaltung ganz ausdrücklich an die Bediensteten des hessischen Justizvollzugs.

Das haben wir, der BSBD Hessen, für Euch geschafft, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und darauf sind wir, ich sage es nochmal, mächtig stolz. Diese Anhebung ist wirklich ein ganz wichtiges Zeichen an alle Kolleginnen und Kollegen.

Danke, lieber Hugo Klein,

der gleiche Dank geht an Karin Müller von den Grünen, die heute nicht beim Gewerkschaftstag dabei sein kann,

danke an unsere Ressortspitze, vertreten durch unseren Staatssekretär Thomas Metz.



Und an Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, die heute leider verhindert ist. Auch sie hat dieses Ergebnis schließlich durchgesetzt.

Es ist wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine starke Gewerkschaft im Justizvollzug zu haben.

Die **Anhebung der Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten** zum 1.4.2016 war in diesem Kontext übrigens ebenso wichtig. Hierfür hat sich unser gewerkschaftlicher Dachverband, der dbb Hessen, ganz ausdrücklich eingesetzt. Ich selbst hatte als stellvertretende dbb-Landesvorsitzende hierzu die jüngste Stellungnahme entworfen und letztes Jahr im November bei einer mündlichen Expertenanhörung im Hessischen Landtag für den dbb vertreten.

Hessen zahlt nach 12 Jahren endlich auf Augenhöhe zu anderen Bundesländern und zum Bund. Dabei wurde

die Zulage für geleistete Nachtdienststunden besonders deutlich angehoben. Auch das war eine gute, eine richtige und eine wichtige Entscheidung, für uns im Justizvollzug, sehr geehrte Landtagsabgeordnete.

Machen Sie weiter so!

Und jetzt komme ich zu dem „aber“ –

Bei aller Freude gestern; es bewahrt uns aber nicht - sehr geehrte Abgeordnete des Hessischen Landtag, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Fachabteilung Justizvollzug - **vor dem eigentlichen Thema des heutigen Gewerkschaftstages.**

Der BSBD Hessen hat in den vergangenen Jahren stets über Arbeitssituation, Arbeitsbelastung und schließlich die Personalausstattung in den Anstalten gesprochen. Das müssen wir tun, dafür sind wir Gewerkschaft Strafvollzug.

Anfang der Woche hat mich ein Journalist gefragt: „Frau Kannegießer, sagen Sie, wieviel Stellen fehlen nach Ihrer Einschätzung im Hessischen Justizvollzug tatsächlich?“

Reden wir also nicht mehr abstrakt über Kalkulationsfehler und Dreisätze. **Werden wir in dieser**

Woche konkret: Es sind mindestens 106 Stellen, die im hessischen Justizvollzug aktuell und tatsächlich fehlen.

Sehr geehrte Abgeordnete des Landtags, die sie jedes Jahr über den Landeshaushalt beschließen; eigentlich haben Sie jetzt 2 Handlungsoptionen.

Variante 1:

schaffen Sie dringend die 106 Stellen, die in unseren Dienstplänen und unseren Personalbedarfsberechnungen fehlen.

So, wie es jetzt in etlichen Anstalten läuft, Notdienstpläne gefahren werden, Positionen nicht besetzt werden können, zusätzliche Aufgaben gar nicht erst in der Personalkalkulation berücksichtigt sind, im Übrigen auch die Bewertung der Feiertage in dieser Bedarfsberechnung fehlt,

und Kolleginnen und Kollegen an ihr Leistungslimit geraten, Bereichsleiter und Dienstplaner nicht mehr ein und aus wissen, und sich schließlich immer wieder selbst mit einplanen, **so kann es in Hessen nicht weitergehen.**

Ich erinnere dabei an den hohen Krankenstand in den meisten Anstalten.

Hier kommt schließlich ein Stein zum anderen.

Am Ende rollt eine Lawine.

Soweit dürfen wir es in der Verantwortung für den Justizvollzug aber nicht kommen lassen, sehr geehrte Damen und Herren! Das dürfen wir nicht!

Variante 2,

wenn es denn tatsächlich eine Handlungsalternative wäre: kürzen sie das Vollzugsprogramm für die Gefangenen, schränken sie die Öffnungszeiten ein, geben sie gar Einzelbelegung auf, schließen sie Abteilungen. Damit das jetzt vorhandene Personal seine Aufgaben erledigen kann.

Obwohl ich mich gestern wirklich total gefreut habe, als unsere Ministerin zu uns meinte: gerade geht die Presseerklärung zur Anhebung der Vollzugszulage raus, so entbindet es mich nicht von meiner Verantwortung als Landesvorsitzende des BSBD Hessen, hier und heute, unsere Personalforderung nun ganz ausdrücklich zu beziffern, 106 Stellen fehlen.

Das ist der zusätzliche Personalbedarf des hessischen Justizvollzugs allein in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes, betrachtet man unsere Personalbedarfsberechnungsweise, unser Vorgehen bei

der monatlichen Dienstplanung und schließlich bei der Tagesdienstplanung.

Wenn nicht genügend Stellen und Gesichter da sind, um Urlaub, Krankheit, Fortbildung, Mutterschutz, Elternzeit, gesetzliche Feiertage, Dienstbefreiung, Zusatzurlaub für Schicht- und Wechselschichtdienst aufzufangen, dann bleiben Stühle im Tagesdienstplan unbesetzt. Wenn die Grundkalkulation falsch ist, dann hilft auch keine Aufrüstung in Dienstplanung und Abrechnung. Ein totes Pferd bleibt übrigens tot. Da hilft auch kein Schwingen von Peitschen.

Und ich weiß, dass wir bei unserer Berechnung den Krankenpflegedienst im Wechselschicht- und Schichtdienst nicht vergessen dürfen, liebe Kolleginnen und Kollege.

Und ja, wir begrüßen es ganz ausdrücklich, dass es Frau Staatsministerin Kühne- Hörmann in den Haushaltsverhandlungen 2017 gelungen ist, **insgesamt 51 neue Stellen für den hessischen Justizvollzug durchzusetzen. Die dürfen Sie jetzt allerdings nicht einfach von den 106 geforderten abziehen.**

Von den 51 Stellen beziehen sich nämlich 30 Stellen auf die Refinanzierung der anstehenden Arbeitszeitreduzierung auf 41 Wochenstunden ab 1.8.2017. Diese Refinanzierung hatte Frau

Staatsministerin Kühne-Hörmann uns hier vor 2 Jahren zugesagt, Sie hat folglich Wort gehalten.

Ja, wir begrüßen die **Arbeitszeitreduzierung** um eine Stunde, wenigstens für die unter 50-jährigen. Puh, was sind wir als dbb Hessen 2003 Amok gelaufen gegen die Arbeitszeiterhöhung um 3,5 Stunden wöchentlich.

Und nein, wir vergessen nicht, dass ursprünglich im Koalitionsvertrag der aktuellen Landesregierung der 1.1.2017 angepeilt war für diese Arbeitszeitanpassung.



Fachgruppenvertreter und Delegierte der Ortsverbände Dieburg, Schwalmstadt, Frankfurt 1, Limburg, Weiterstadt, Wiesbaden, Hünfeld und Fulda

Auch das haben wir als dbb-Fachgewerkschaft seit 2004 gefordert, auch wenn wir die anstehende Absenkung für nicht ausreichend erachten. **Uns bleibt also die Aufgabe, weiterhin die 40-Stundenwoche von Ihnen zu fordern.**

Und als guten Anfang hierzu, **die Gutschrift der 41. Stunde auf das bereits seit 2007 bestehende Lebensarbeitszeit-Konto**, sehr geehrte Landtagsabgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren.

Über die Schaffung der 51 neuen Stellen hinaus konnte unsere Justizministerin durchsetzen, dass der zum Jahresende 2016 geplante Stellenabbau vorerst um 1 Jahr verschoben wird. Das ist tatsächlich ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Aber, wie bereits ausgeführt - noch nicht genug.

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich kann ihnen mit der Unterstützung aller Delegierten in dieser Halle nur anraten: **streichen Sie Ihr Personalkürzungsprogramm für den hessischen Justizvollzug bitte ganz.**

Im hessischen Justizvollzug gibt es keinerlei Reserven oder Leerräume. Wir haben keinerlei Spielräume mehr, sind ausgebrannt, fahren in mindestens 4 Anstalten die Schichtplanung mit Notplänen, d.h. mit vorgegebener Unterbesetzung. Ich wiederhole mich. Wem können Sie denn in einer solchen Situation den Stuhl noch wegnehmen bzw. wegziehen, bitte schön?

Hier schließe ich Verwaltung und die Fachdienste ausdrücklich ein, sehr verehrte Damen und Herren!

Auch die haben erhebliche Arbeitsverdichtungen in den vergangenen Jahren erlebt.

Beschreibt sich so ein attraktiver Arbeitsplatz des öffentlichen Dienstes?

Die Firma Merck AG in Darmstadt schafft es übrigens, den Jahresdienstplan für den einzelnen Mitarbeiter mit 100 %iger Verbindlichkeit auf einer Checkkarte, unterzubringen: auf der Vorderseite das 1. Halbjahr, auf der Rückseite das 2. Halbjahr. Warum schaffen die das?

July 2016	August 2016	September 2016	October 2016	November 2016	December 2016
26 1 Fr S	30 1 Mo S	1 Do N	1 Sa N	44 1 Di N	1 Do N
2 Sa S	2 Di N	2 Fr N	2 So N	2 Mi	2 Fr
3 So N	3 Mi N	3 Sa	3 Mo	3 Do	3 Sa
27 4 Mo N	4 Do	4 So	4 Di	4 Fr	4 So
5 Di	5 Fr	5 Mo	5 Mi	5 Sa	5 Mo
6 Mi	6 Sa	6 Di	6 Do	6 So F	6 Di F
7 Do	7 So F	7 Mi F	7 Fr F	45 7 Mo F	7 Mi F
8 Fr	8 Mo F	8 Do F	8 Sa F	8 Di S	8 Do S
9 Sa F	9 Di F	9 Fr S	9 So S	9 Mi S	9 Fr S
10 So F	10 Mi S	10 Sa S	10 Mo S	10 Do N	10 Sa N
28 11 Mo S	11 Do S	11 So N	41 11 Di N	11 Fr N	11 So N
12 Di S	12 Fr N	37 12 Mo N	12 Mi N	12 Sa	50 12 Mo
13 Mi N	13 Sa N	13 Di	13 Do N	13 So	13 Di
14 Do N	14 So	14 Mi	14 Fr	46 14 Mo	14 Mi
15 Fr	15 Mo	15 Do	15 Sa	15 Di	15 Do F
16 Sa	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi F	16 Fr F
17 So	17 Mi	17 Sa F	40 17 Mo F	17 Do F	17 Sa F
18 Mo	18 Do F	18 So F	18 Di F	18 Fr S	18 So S
19 Di F	19 Fr F	38 19 Mo S	19 Mi S	19 Sa S	51 19 Mo S
20 Mi F	20 Sa S	20 Di S	20 Do S	20 So N	20 Di N
21 Do S	21 So S	21 Mi N	21 Fr N	47 21 Mo N	21 Mi N
22 Fr S	22 Mo N	22 Do N	22 Sa N	22 Di	22 Do
23 Sa N	23 Di N	23 Fr	23 So	23 Mi	23 Fr
24 So N	24 Mi	24 Sa	43 24 Mo	24 Do	24 Sa
25 Mo	25 Do	25 So	25 Di	25 Fr	25 So
26 Di	26 Fr	39 26 Mo	26 Mi	26 Sa F	26 Mo F
27 Mi	27 Sa	27 Di F	27 Do F	27 So F	27 Di F
28 Do	28 So F	28 Mi F	28 Fr F	48 28 Mo S	28 Mi S
29 Fr F	35 29 Mo F	29 Do S	29 Sa S	29 Di S	29 Do S
30 Sa F	30 Di S	30 Fr S	44 30 So S	30 Mi N	30 Fr N
31 So	31 Mi		44 31 Mo N		31 Sa N

Dienstplan 2. Halbjahr der Firma Merck im Checkkartenformat

Weil sie wissen, dass jede unbesetzte Position den Betriebsablauf massiv stören würde. Und das Betriebsergebnis im Übrigen auch, sehr geehrter Herr Metz. Die planen ihr vollständiges Ausfallrisiko gleich

am Jahresanfang mit – auch in der Berechnung des Personalbedarfs, sehr geehrte Damen und Herren.

106 Stellen fehlen uns. Lassen wir uns die durch Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann durchgesetzten 21 tatsächlich zusätzlichen Stellen anrechnen, bleibt die Forderung von 85 Stellen! Und ich sage ihnen heute: Entscheiden Sie sich bald, Variante 1 oder Variante 2, sie haben die Wahl.

Unsere Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag zum Dienst kommen, Mehrarbeit leisten, freie Tage gestrichen bekommen, denen die Verschnaufpause fehlt, die haben dagegen aktuell keine Wahl, sehr geehrte Damen und Herrn, sehr geehrte Abgeordnete des Hessischen Landtag. Die Haftzahlen sind gestiegen, die Klientel verändert sich deutlich. Entscheiden Sie sich bitte bald!

Ich hatte bereits am Wochenanfang angekündigt, dass ich diese heutige Rede ganz besonders den sächsischen Kolleginnen und Kollege in der JVA Leipzig widmen möchte, auch dort herrscht übrigens Personalnot. Den Kolleginnen und Kollegen also, die am 12.Oktober 2016 ihren Dienst in der JVA Leipzig zu leisten hatten und für diesen Arbeitstag – und ganz besonders für die Spätschicht an diesem Tag - durch

einen Sturm der politischen Entrüstung geschickt wurden – bewertet, betwittert und verurteilt durch ein Heer der Ahnungslosen.

Herr Staatssekretär Metz: die wichtigste Feststellung meiner Rede heute – ungeschönt und ganz direkt:

Die sächsische Justizvollzugsanstalt Leipzig ist eigentlich überall!!!

Überall in Deutschland und überall in Hessen. In jeder hessischen Justizvollzugsanstalt, sehr geehrte Damen und Herren!

Wer in der Rückschau behauptet, ein solcher Suizid könne hier in Hessen oder hier in „meiner“ Anstalt nicht passieren, der oder die sagt Ihnen leider nicht die Wahrheit! Wer sich in dieser Sicherheit wähnt und meint, er könne das in seiner Anstalt ausschließen, verkennt jegliche Realität und sollte seine politische oder vollzugliche Verantwortung besser zurückgeben. Sie werden es weder mit uns noch bei uns aushalten, wenn Sie diese Tatsache nicht ertragen.

Das ist bitter, sehr bitter aktuell für die junge Anwältin in der JVA Leipzig, die den toten Untersuchungsgefangenen Al-Bakr am Abend des 12. Oktober 2016 aufgehängt in seinem Haftraum fand.

Viele Kolleginnen und Kollegen mussten Vergleichbares in ihrer beruflichen Praxis erleben. Die einen früher, die

anderen später. Ihren ersten Toten vergessen tatsächlich die Wenigsten.

Aber es ist so! Und das werden weder Sie noch wir tatsächlich ändern können. Wer es nicht aushält, dass Gefangene nicht funktionieren, nicht prognostisch einwandfrei handeln und nicht unseren Plänen und Resozialisierungsangeboten entsprechen, der ist bei uns falsch. Bei uns gibt es keine Verhaltensgarantie und keine Rechtssicherheit, kein Einhalten von Schwüren und Versprechen, keine Akzeptanz von Regeln oder Grenzen; allein Gitter begrenzen bei uns wahrhaftig. Das ist so im Strafvollzug.

Trotzdem, trotzdem, trotzdem stehen die Bediensteten jeden Tag und in jeder Schicht ihren Mann und ihre Frau, schließen die Türen auf, organisieren den Tag, stellen sich den Aufgaben, Fragen und der täglich notwendigen Krisenintervention. Und das trotz unterbesetzten Dienstplänen jeden Tag.

Immerhin: rund 15 % unserer Kolleginnen und Kollegen hatten im vergangenen Jahr gar keinen Krankheitstag. Kommen jeden Tag, ziehen sozusagen den Karren.

In den Anstalten mit den höchsten Krankenausfallraten sind das interessanterweise sogar 25 %. Und ich meine, dass diese auch hier beim Gewerkschaftstag mal

ausdrücklich Anerkennung erfahren dürfen. Deshalb erlaube ich mir, diese Zahlen heute tatsächlich zu benennen. Und diesen Kolleginnen und Kollegen von hier zu danken.

Krisen haben wir also aktuell reichlich, ganz besonders durch absurdes, asoziales, völlig regel- und respektfreies Verhalten von Gefangenen, deren Zahl beständig wächst. Ich rede bewusst nicht von „psychisch auffälligen Gefangenen“, der Begriff wirkt mithin verharmlosend. Das geht immer häufiger bis zu völlig spontanen und unabsehbaren, massiven Gewaltattacken gegen Kolleginnen und Kollegen.

Auch wir Hessen bekamen dieses Jahr bereits wiederholt massive Gewalt gegen Bedienstete zu spüren. In allen Anstalten und besonders im Jugendvollzug. Nordafrikanische männliche Jugendliche waren ganz besonders auffällig, mussten schließlich ad hoc in Anstalten des Erwachsenenvollzugs verlegt werden, weil sie unter den Bedingungen des Jugendvollzugs nicht mehr zu bändigen waren.

Ein Dienstanfänger des allgemeinen Vollzugsdienstes wurde kürzlich von einem jungen Gefangenen zusammengeschlagen und –getreten. Der Kollege wollte das Radio des Gefangenen leiser stellen.

Was wir da erleben, ist das Aufeinandertreffen unterschiedlichster Kulturen bzw. Sozialisationen. Die unsrige wird nicht verstanden und sie wird nicht akzeptiert. Schlimmer noch: unsere Regeln und Werte werden verachtet. Wir - wir alle hier - werden von diesen jungen Menschen verachtet. Und: wir werden verhöhnt.

Die Verhaltensauffälligkeiten gipfeln dann in Einzelfällen in völlig extremen Verhaltensweisen, die mit menschlichem Verhalten nichts mehr zu tun haben. Gefangene landen dann tagelang im BGH, dem besonders gesicherten Haftraum ohne gefährdende Gegenstände. Begegnung mit ihnen kann nur in vollständiger Schutzmontur passieren. Wer will sich schon zusammenschlagen oder mit Kot und Fäkalien bewerfen lassen, sehr verehrte Damen und Herren? Wir auch nicht.

Wir wollen behandeln, wir wollen resozialisieren, Schule und Berufsausbildung nachholen lassen, zur Arbeit anleiten, sollen Wohngruppe als Familienersatz leben.

Und schließlich die Wirksamkeit des Ganzen messen. Erheben wir zukünftig tatsächlich den Eingangstatus, erheben wir darüber hinaus zukünftig tatsächlich den Ausgangsstatus? Dazwischen: ist das zukünftig unser Erfolg!?

Wahrhaftig, so ein Erfolg. Allein es fehlen die passenden Gefangenen hierzu. Während die Kolleginnen und Kollegen auf den Stationen darüber nachdenken, wie die nächste Attacke abgefangen wird, ringen wir um die Beschreibung von „Behandlungserfolg“ statt Rückfallquote. Dieses Mal in Accessdateien, statt bisher in Exceldateien oder in SoPart.

Wenn der Gefangene sich nicht entwickelt, dann entwickeln wir uns stattdessen weiter. Bleibt nur zu fragen, was wir machen, wenn der Betreffende doch zurückkommt und doch die ungeliebte Rückfallquote bemüht.

Einen Erfolg stiften wir bei Rückfälligkeit und Rückkehr in den Vollzug dann aber ganz sicher, sehr geehrte Damen und Herren:

für die Zeit der neuen Haftstrafe stiften wir Ihnen Sicherheit, die sie brauchen, vor Straftaten außerhalb unserer Mauern.

Das ist eine vollzugliche Leistung, die nirgends bilanziert wird, die keine Kennzahl hat und in keiner BSC auftaucht. **Dabei wäre es doch tatsächlich mal interessant, zu prognostizieren, wie viele Straftaten der Justizvollzug verhindert für die Dauer einer Inhaftierung oder gar hochgerechnet auf ein Jahr! Bei**

4.800 Gefangenen im hessischen Justizvollzug könnten das jährlich gut und gerne mehr als 10.000 Straftaten sein, die wir dadurch verhindern, dass wir Gefangene sicher beherbergen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auf jeden Fall ein Erfolg, das ist unser Erfolg, und mit dieser Feststellung richte ich mich jetzt mal ganz besonders an die Medienvertreter, die über unseren Gewerkschaftstag berichten werden.



Aussprache nach den Grußworten mit einem Redebeitrag des Kollegen Jochen Habich

Eins lehnen wir als Fachgewerkschaft für die Bediensteten im Justizvollzug ganz kategorisch ab: wenn der Gefangene strauchelt, dann strauchelt ER – nicht wir straucheln! – Wir sind nicht verantwortlich zu machen für sein Straucheln und wir haben weder Schlechtes noch Verkehrtes geliefert! Wir haben alles versucht, was innerhalb von Gefängnismauern möglich ist, sehr geehrte Damen und Herren.

Trotz aller vollzuglichen Angebote, trotz aller Versuche der Auseinandersetzung, trotz allen Einsatzes durch die Kolleginnen und Kollegen scheitern Inhaftierte später trotzdem, sie werden wieder straffällig. Ich wiederhole: hierfür können wir nicht Verantwortung übernehmen, sie kann uns auch nicht übertragen werden.

Am Ende, sehr geehrte Damen und Herren, handelt tatsächlich ein anderer Mensch. Wenn der Betreffende nicht kann, dann kann er nicht straffrei bleiben. Das gilt auch für den Fall, dass er gar nicht will.

Als Vollzugsbedienstete wissen wir, dass wir uns nicht aufs Wegschließen beschränken dürfen, auch wenn wir selbst manche Entscheidung kritisch erleben. Für viele notwendige Behandlungsmaßnahmen fehlt uns schließlich schlicht das Fachpersonal. Gerade im psychologischen Dienst ist der Personalbedarf viel zu häufig allein auf die Krisenintervention und nicht auf eigene Behandlungsangebote ausgerichtet. Ganz besonders gilt das in den Anstalten der Sicherheitsstufe 2.

Leipzig ist deshalb überall und so sind wir für jeden Tag dankbar, den wir nicht ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Landtagsabgeordnete. Sehr geehrte Damen und Herren.

Glauben Sie bitte nicht, uns wäre es in Hessen wirklich besser ergangen als den Kollegen in der JVA Leipzig. Ja, wir Hessen haben kameraüberwachte Hafträume – auch in der Untersuchungshaft. Aber es wird keinen Vollzugspraktiker, keine Vollzugspraktikerin im Saal geben, die nicht mindestens einen Fall kennt, bei dem ein Gefangener sich trotz laufender Kamera in einem kameraüberwachten Haftraum suizidiert hat.

Auch wir wären nicht davor bewahrt geblieben, einen Untersuchungsgefangenen Al-Bakr zu verlieren. Das ist dramatisch – ohne jede Frage. Das ist eigentlich unvorstellbar, - aber es passiert.

Warum passiert das, sehr geehrte Damen und Herren? Auch als Gewerkschaftsvorsitzende der Gewerkschaft Strafvollzug werde ich das immer wieder gefragt. Wie kann es passieren, dass jemand es schafft, trotz laufender Kamera seinem Leben ein Ende zu setzen?

Die erste Antwort hierzu lautet: weil er es will, sehr verehrte Damen und Herren.

Die weitere lautet:

Weil auf der anderen Seite der Kamera, nämlich am Bildschirm, nicht dauerhaft jemand sitzt, so, wie es auch eigentlich keine Sitzwachen vor Hafträumen gibt. In Leipzig wäre das im Übrigen mit Blick auf die Art der Haftraumtür keine Sitz- sondern eine Stehwache

gewesen, wäre tatsächlich die Anordnung der dauernden Überwachung ergangen. Woher auch immer dieses Personal dort gekommen wäre. Auch dort herrschen massive personelle Engpässe, einhergehend mit einem hohen Krankenstand.

Und ich weiß und sage es ausdrücklich: natürlich sehen wir uns als Justizvollzugsbedienstete bei einem derart außergewöhnlichen Gefangenen in der Pflicht, alles zu tun, um ihn sicher unterzubringen, sehr geehrte Damen und Herren, - auch für sein Leben.

Die Bilder aus den kameraüberwachten Hafträumen laufen in unserer hessischen Vollzugspraxis auf einem Bildschirm in der Sicherheitszentrale auf, auf einem von wenigstens 5 – 10 Bildschirmen, in aller Regel hängt da eine Bildschirmgalerie. Die Bilder wechseln auf den Bildschirmen. Manche Bildschirme präsentieren nicht nur ein Bild, sondern sie sind sogar viergeteilt. Weder das menschliche Auge noch das menschliche Gehirn kann diese Bilderflut angemessen verarbeiten und sicher bewerten. Sagt nicht die Gewerkschaftsvorsitzende, sondern das sagt die Arbeitsmedizin.

Der im kameraüberwachten Haftraum untergebrachte Gefangene genießt folglich **nie** die volle

Aufmerksamkeit eines Bediensteten. Dieser Bedienstete ist im Übrigen ganz und gar im Tagesablauf der Sicherheitszentrale eingebunden, wo er gleichzeitig eine Vielzahl anderer Aufgaben wahrzunehmen hat.

Deshalb wird in der Regel dort nur in genau festgelegten Zeitabständen auf den Bildschirm geschaut. Die Uhrzeit wird dann in Listen dokumentiert und die Kontrolle wird durch Unterschrift bestätigt.

Ich bringe es auf den Punkt: Es kann dabei nicht garantiert werden, dass Krisen im Haftraum tatsächlich erkannt werden.

Dass die Leipziger Kollegen sich entschieden hatten, zunächst 15-minütig zu kontrollieren, d.h. alle 15 Minuten Kolleginnen und Kollegen zum Haftraum zu schicken und eine Kontrolle vorzunehmen, zeigt, wie ernst die Anstalt die Sache eigentlich genommen hatte.

Wer nun in der Rückschau behauptet, die Anstalt habe die akute Suizidgefahr nicht erkannt, habe überhaupt die Suizidgefahr nicht erkannt, weiß – um ehrlich zu sein – nicht genug über all die Prophylaxeprogramme, die mittlerweile Standard in allen deutschen Justizvollzugsanstalten sind, auch in der JVA Leipzig.

Ich glaube jedenfalls nicht, dass ein Entscheidungsverantwortlicher, der zunächst die viertelstündige, dann die halbstündige Kontrolle eines

Gefangenen anordnet, in seiner Bewertung Suizidgefahr tatsächlich ausgeschlossen hat. Dann hätte er diesen Prüfungsturnus nicht gewählt.

Möge jedenfalls die Anwärterin, die den Untersuchungsgefangenen erhängt im Haftraum fand, ihr Erleben verarbeiten und möge sie ihr Beruf trotz allem erfüllen. Das wünschen wir hessischen Kolleginnen und Kollegen ihr von dieser Stelle von ganzen Herzen.

Möge die Psychologin dieses öffentliche Zerredet und Zertreten werden, eines Tages verwinden. Auch ihr wünschen wir alles erdenklich Gute.

Ich warte auf den Tag, dass sich uns jemand vorstellt: hallo, mein Name ist Meier oder Schulz, ich bin die neue Psychologin, die mit der Terrorismuserfahrung.

Wo schon der Bewerbermarkt völlig abgefischt ist, wir um Bewerbungen - gerade im psychologischen Dienst - alle ringen.

Oder, noch schlimmer: wir neu Eingestellte wieder verlieren, weil Aufgabenstellung und Verantwortlichkeit so nicht zu bewerkstelligen sind.

Am Ende musste vergangenen Monat sogar unsere Kanzlerin ihren Senf dazu geben, soviel Aufmerksamkeit hat der Vollzug nur selten. Die Politik hat sich, lassen sie mich das heute so direkt sagen,

wahrhaftig nicht mit Ruhm bekleckert. Jegliche Bewertung war trotz richtiger Faktenbeschreibung: aus vollzugspraktischer Sicht ziemlich falsch. Getwittert ist schnell, sehr geehrte Damen und Herren, aber bedacht, das ist eine Herausforderung.

Nach 12 Jahren Föderalismusreform, dem Wettbewerb der Besten, wird nach Al-Bakr sogar die Wiedervereinlichung des Strafvollzugsrechts vorgeschlagen.

Ganz ausdrücklich an die Politik: wir, der BSBD Hessen, die Landesverbände und der Bundesverband würden das ausdrücklich begrüßen. Aber eins sei ihnen gewiss: den Tod eines Al-Bakrs hätte auch ein bundeseinheitliches Vollzugsrecht nicht verhindert. Leider.

Und nein: ein Bundesgefängnis fordern wir hierzu lieber nicht, ein Stammheim aus den 70er Jahren genügt in der deutschen Vollzugsgeschichte, sehr verehrte Damen und Herren.

Was bleibt nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Rückschau und im Ergebnis?

Es bleibt:

Ein prominenter 22-jähriger toter Gefangener,

mindestens ein Untersuchungsausschuss, der das vollzugliche Handeln vom 12. Oktober genau unter die Lupe nehmen und bewerten wird,

eine Öffentlichkeit, die in den Social-Media einen Shitstorm feierte,

eine politische Szene, die den Rücktritt oder die Ablösung fordert – von wem auch immer.

Und was bleibt noch?

Es bleibt eine total gefrustete Kollegenschaft, die sich - total zerredet - abwendet und schließlich innerlich den Dienst kündigt.

Was auch sonst? Eine unfassbare Bilanz.

Hätte ich doch heute, liebe Kolleginnen und Kollegen meinen Klabauterhammer aus den letzten zwei Jahren hier in Butzbach dabei...

Den Klabauterhammer, dessen Schlag den Kapitän bzw. die Kapitänin warnt.

Und der Klabauter, der den Hammer schwingt. Hören und gehört werden, auch wenn Schweigen viel zu oft das von uns allen gewünschte Verhaltensmuster ist.

Der Landesverband des Bunds der Strafvollzugsbediensteten Hessen schweigt aber nicht – weder mit noch ohne Klabauterhammer in der Hand. Dafür stehen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kommen wir aber zurück nach Hessen:

Die SPD hat zum Haushalt 2017 übrigens einen Antrag eingebracht, **die Gitterzulage wieder in eine ruhegehaltstfähige Zulage umzuwandeln**. Auch diesen Antrag begrüßen wir als BSBD Hessen ausdrücklich.

Wer ein Leben lang seinen Kopf und/oder seine Knochen hingehalten hat, sollte dies dann auch im wohlverdienten Ruhestand honoriert wissen, sehr verehrte Landtagsabgeordnete, sehr geehrter Herr Staatssekretär Metz. Hessen muss hier wieder konkurrenzfähig werden, dass schulden wir schon allein der Nähe zum östlichen Nachbarn, dem Freistaat Bayern.

Ja, die Folgen der Föderalismusentscheidung wirken nun massiv. Die Gehaltsunterschiede zwischen den Bundesländern sind markant. Jetzt boomt zu allem Überfluss noch die freie Wirtschaft. Es gibt aktuell kaum eine hessische Anstalt, die sich 2016 nicht massiv mit Nachbesetzungssorgen herumzuplagen hatte.

Der BSBD Hessen begrüßt deshalb ausdrücklich die Initiative der Justizministerin und ihrer Fachabteilung Justizvollzug, **ein Sachgebiet Bewerbungsmanagement beim Dienstleistungszentrum, dem H.B.Wagnitz-Seminar einzurichten**.

Zwar behakeln wir uns noch ein bisschen bzgl. der Entscheidungsbefugnisse für die Einstellung, aber hier gilt das Ziel, alsbald möglichst viele Stellen besetzt zu wissen. Das unterstützen wir in jeder Weise.

Denn jede unbesetzte Stelle, sehr verehrte Damen und Herren, bedeutet eine unbesetzte Funktion im Dienstplan. Unbesetzt heißt in der Konsequenz: Unterbesetzt in der Schicht. Unterbesetzung bedeutet Einschränkung des Angebots und Einschränkung in der Sicherheit. Und wenn dann noch zusätzliche Aufgaben über eine Anstalt hereinbrechen, - wie z.B. die Selbstverständlichkeit von einer oder gar mehreren Krankenhausüberwachungen-, dann wird es sofort ganz eng. Das darf nicht sein, sehr verehrte Abgeordnete. Hier wird die Sicherheit der Bediensteten – aber auch die der Inhaftierten – tatsächlich gefährdet. Das können und das dürfen Sie nicht weiter zulassen.

Besonders dramatisch wirkt sich das dann im noch knapper kalkulierten Personalkörper der JVA Hünfeld aus. Dort stehen durch die Auslagerung von klassischen Stationsaufgaben an die Firma Steep für zusätzlich zu erbringende Aufgaben noch weniger Köpfe zur Verfügung, als in „herkömmlichen“ Anstalten.

Auch das gehört zu den Schattenseiten der Teilprivatisierung in Hünfeld, die es jedes Jahr

anzusprechen gilt. Diese Bewertung fehlt im Übrigen in jeder wirtschaftlichen Bilanz.

Anzusprechen ist das in diesem Jahr ganz besonders, da die Entscheidung über eine Vertragsverlängerung oder Vertragsbeendigung nicht mehr ganz so fern ist. Ich wiederhole: auch der Personalrat der JVA Hünfeld hat sich in den vergangenen Jahren stets gegen eine Vertragsverlängerung ausgesprochen.

Ja, alles hat Konsequenzen. Wir nehmen den Klabauterhammer und zeigen die Leckagen auf, sehr geehrter Herr Metz, sehr geehrte Abgeordnete.

Dies aufzuzeigen, dafür übernehmen wir jedes Jahr neu hier in Butzbach die Verantwortung. Selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, samt derer, die heute in den Anstalten unsere Schicht übernommen haben. Dafür von hier auch mal einen herzlichen Dank an alle Dienstleistenden Kolleginnen und Kollegen draußen. Wir kämpfen heute für Euch mit!

Nullrunde 2015, 1 % Besoldungserhöhung 2016 bei wieder Fahrt aufnehmender Inflation – dazu noch die Beihilfekürzung vom vergangenen Herbst. Auch hier wiederhole ich mich. Das wirkt alles sehr bitter fort in den Köpfen unserer Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Abgeordnete der regierenden Parteien.

Und wir brauchen Unterstützung – in Köpfen – und in Worten. Jetzt wiederhole ich mich vorsätzlich: Die Leipziger Kolleginnen und Kollegen wissen jetzt, wie ein Shitstorm funktioniert. Da hat sich die Öffentlichkeit nun ausgetobt auf dem Rücken derer, die jeden Tag den Kopf für sie hinhalten. Und auch die Politik hat sich nicht mit Ruhm bekleckert, hat die Informationen aus dem Vollzug zwar aufgenommen, aber völlig falsch bewertet. Es war ein schwarzer Tag – nicht nur für die Leipziger Kolleginnen und Kollegen, sondern auch für diejenigen, die frei von Fachverstand ins Mikrofon sprachen. Es war grausam mit Verlaub.

Was sind nun die Konsequenzen in Hessen? Erstmal erwarten wir den Umbau unserer Kamerazellen, freie Sicht auf die Toiletten. Eine Umfrage hierzu wurde bereits initiiert. Mal schauen, wieviel das kosten wird.

Was kommt als Nächstes? Wahrscheinlich noch mehr Berichtspflichten, z.B. bei Suizidgefahr bereits ab dem 1. Tag? Oder telefonisch vorab?

Kann sich da noch jemand etwas trauen? Wer will hier schließlich noch verantwortlich und abwägend entscheiden?

Oder wollen wir uns zukünftig weiter einem schwarzen Peter-Spiel ergeben, in dem wir Verantwortung nach

oben und von dort zurück nach unten in einem Hin und her delegieren.

So attraktiv gestalten wir nun also unsere Arbeitsplätze? Viele Kolleginnen und Kollegen weigern sich mittlerweile ganz ausdrücklich, für ihren Beruf zu werben. Der BSBD wird bevorzugt der Schwarzmalerei und einer chronischen Klagekultur beschuldigt.

Als würde es besser, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir gemeinsam wegschauen und schweigen.

Auch 2016 sage ich deutlich: dem BSBD Hessen geht es aber gar nicht darum, hier zu richten, zu verurteilen und den Schuldigen anzuprangern. Von einem Schuldspruch haben wir nichts.

Nochmal: es geht um Verantwortung.

Uns ging - und uns geht es darum, Zusammenarbeit und Führung einzufordern. Reflexion und Handeln sind hier gefordert, statt Jammern oder Schweigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wieder und wieder werden wir hierzu klare Stellung beziehen, auch im 60. Jahr unserer Gewerkschaftsarbeit.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten steht an der Seite der Kolleginnen und Kollegen. Das ist unsere Kernaufgabe, das ist unsere Berufung. Und das ist unser Format. Es gilt, ganz klar Stellung zu beziehen zur Arbeitssituation im Vollzug, zur Belastungslage, zu allen Grenzen und Krisen.

Wir haben vor 3 Wochen ganz ausdrücklich zu all dem interveniert, was da über die Leipziger Kolleginnen und Kollegen hereinbrach.

In der Rückschau bewerten, zu be- bzw. zu verurteilen, das kann jeder.

Aber jeden Tag in einer Justizvollzugsanstalt zu arbeiten, mit der schwierigsten Klientel zu arbeiten, die unsere Gesellschaft handverlesen für uns vorhält, vor Ort in der Krise, ad hoc, wirklich ad hoc, die Krise zu erkennen – in allen Auswirkungen und allen Risiken. Und zu handeln.

Das fordert.



Und es birgt das massive Risiko, in der Rückschau nicht richtig gehandelt zu haben. Aber zwischen „in der Rückschau nicht richtig“ und „unverantwortlich“ liegt ein markanter Unterschied, sehr geehrte Damen und Herren.

Den es zu erkennen gilt - ganz besonders in politischen Statements, sehr verehrte Landtagsabgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren.

Jeder voreilige Rückschluss, jedes unbedachte Statement löst für uns eine Lawine aus, die uns erdrückt und erstickt. Wir Vollzugsbediensteten sorgen für ihre Sicherheit. Bitte bedenken sie das zukünftig, wenn sie vor ein Mikrofon treten.

Und auch unsere Würde ist unantastbar, sehr geehrte Damen und Herren,

die Würde der Anwärtlerin, die den Untersuchungsgefangenen am Abend des 12. Oktober erhängt in seinem Haftraum gefunden hatte,

die Würde der Psychologin, die zuvor Suizidgefahr zu bewerten und Empfehlungen zu geben hatte,

die Würde der Vollzugsabteilungsleitung, die den Kontrollmodus schließlich anordnete und danach veränderte

und schließlich die Würde aller Kolleginnen und Kollegen in der JVA Leipzig und in jeder deutschen Justizvollzugsanstalt.

Herzlichen Dank!